

Bundestagswahl: Dem Durchmarsch der Merkel-Politik entgentreten!

Mit 41,5% der abgegebenen Stimmen haben CDU/CSU nur knapp die absolute Parlaments-Mehrheit verfehlt. Bei 71,5% Wahlbeteiligung sind dies allerdings nur 29,8% der Wahlberechtigten, die Millionen hier lebenden Arbeitsmigranten ohne Wahlrecht (die allerdings hier Steuern und Abgaben zahlen) noch gar nicht eingerechnet.

CDU = Club Der Unternehmer

Also ein Wahlsieg für Banken und Konzerne. 41 Millionen kostenlose Exemplare der BILD-Zeitung haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass auch Teile der

zumind. verbale Zugeständnisse, erst recht nach den vielen sozialen Wahlversprechen ... Die sich abzeichnende „Große Koalition“ birgt die Gefahr, dass die Gewerkschaften noch mehr in eine asoziale Politik eingebunden werden.

Stuttgarter Verhältnisse etwas anders

In Stuttgart lag die Wahlbeteiligung mit 76,6% deutlich über dem Durchschnitt. Das hängt mit der immer noch starken Bewegung gegen Stuttgart 21 zusammen. Die CDU hat mit 9,8% sogar mehr zugelegt als im Bundesdurchschnitt. Die SPD liegt unter dem Bundesdurchschnitt und die Grünen haben in Stuttgart gegenüber der letzten Bundestagswahl 4,3% verloren, verglichen mit der Landtagswahl sogar ihre Stimmen halbiert. Die „Alternative für Deutschland“ hat als reaktionäre „eurokritische“ Partei, die aber nicht als Partei gegen S21 gesehen werden kann, ähnlich wie im Bundesdurchschnitt 4,3% erreicht. Die Partei Die Linke hat als einzige kandidierende und aktive Gegenpartei zu S21 ein respektables Ergebnis mit 6,4% in Stuttgart erzielt.

DKP hat Kandidatur zur Europa-Wahl beschlossen

Wenn eine Partei aus dem Stand fast fünf Prozent erhält, die nationalistische und rassistische Stimmungen bedient, ist es notwendiger denn je, dass eine kommunistische Partei kandidiert, die ihr Nein zur EU der Banken und Konzerne mit einem Nein zu Rassismus und Nationalismus verbindet. Deshalb kandidiert die DKP 2014 zur EU-Wahl.

Unser Land braucht mehr außerparlamentarischen Widerstand mit kämpferischen Gewerkschaften: eine neue APO!

Haushalt 2014/2015: Triste Zeiten für Stuttgart

Stadtverwaltung und Gemeinderat ließen in den letzten Jahren das städtische Anlagevermögen verkommen. Statt das Vermögen der Bürger für die LBBW und sinnlose Prestigeprojekte zu verbubeln, wäre es wichtiger gewesen, Schulhäuser und Kitas zu sanieren. Mit dem LBBW-Deal, den Schuster noch in seinen letzten Wochen mit Unterstützung einer großen Gemeinderatsmehrheit durchzog, ließ man ein Bürgerbegehren, das von der SÖS angestrebt wurde, ins Leere laufen. Für die Stuttgarter BürgerInnen wird das richtig teuer. Bereits 2009 rettete die Stadt die Zocker-Bank mit 946 Mio €. Die Gemeinderäte wurden mit dem Versprechen von jährlich 10% Zinsen und der Rückzahlung 2013/2014 geködert. Diese Zinsnachzahlungen von mindestens 70 Mio € sind nun weg, ebenso die 611 Mio € stille Einlage, die mit diesem Beschluss in eine Beteiligung am Kernkapital umgewandelt wurde. Das kostet jährlich ca. 40 Mio €, die in Stuttgart dringend benötigt werden.

Fortsetzung Seite 2



arbeitenden Bevölkerung den Parteien ihre Stimme gegeben haben, die für Kriegspolitik, Sozial- und Demokratie-Abbau stehen. Die Propaganda, dass „Deutschland“ im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU „gut dastehe“, aber auch gezielt geschürte Ängste vor einem sozialen Abstieg haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Lieblingspartner FDP verloren

Nach dem Wahldebakel der FDP muss die CDU/CSU nun lavieren, um einen anderen Partner zu finden. Das erfordert

Impressum
 **DKP** Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

**OB Kuhn und die
Stromsperre**

Seite 2

Prekär ist niemals fair!

Neueinstellungen bei Daimler Seite 3

**Leerstandsmelder
online**

Seite 3

**Reichspogromnacht am
9. November 1938**

Seite 4

Haushaltsloch Stuttgart 21

Weitere Millionen fehlen im Haushalt der Stadt Stuttgart durch das Wahnsinnsprojekt S21. Die Beschlüsse dazu wurden ebenfalls von einer großen Gemeinderatsmehrheit gefasst. Unabhängig von den 291,8 Mio €, mit denen die Stadt das Projekt sponsert, kostet es zusätzliche Millionen. Beispielsweise verzichtete der frühere OB Schuster auf Verzugszinsen für den Grundstücksdeal, weil die von Stuttgart gekauften Grundstücke derzeit gar nicht genutzt werden können. Jähr-

lich dürften das weit über 20 Mio € sein. Wenn die Stadt die Grundstücke auch zukünftig nicht nutzen kann, würden weitere 800 Mio € im Stadtsäckel fehlen.

Gewerbsteuer: Konzerne drücken sich!

Ein weiteres Einnahmeproblem kommt auf die Stadt im Bereich der Gewerbesteuern zu. Im Haushaltsentwurf heißt es dazu: "Gegenüber der Eckdatenplanung musste der Gewerbesteuersatz infolge der Ausnutzung zulässiger steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten durch größere Gewerbesteuerzahler zurückgenommen

werden." Auf deutsch heißt das: Die großen Konzerne in Stuttgart wie Daimler, Bosch, Porsche, Allianz etc. stehlen sich wieder einmal aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl. So drückt sich z.B. die hochprofitable Fa. Porsche um die Gewerbesteuer, in dem sie die Gewinne an VW verschiebt. Man nimmt zwar gerne die Infrastruktur etc. in Anspruch, doch bezahlen sollen das die anderen. Deshalb fehlen im nächsten Doppelhaushalt jährlich ca. 80 Mio € alleine im Bereich der Gewerbesteuer.

Konzerne in die Pflicht nehmen!

OB Kuhn und die Stromsperre

Niedrigverdiener und Bezieher von Hartz IV tun sich schwer, ihre Stromrechnung zu bezahlen.

Preissteigerungen, nicht nur für Strom, laufen ihren Einkommen davon, die um das Existenzminimum herumpendeln. Jährlich kommt es in der Stadt zu mehr als 2000 Stromabschaltungen der Energieunternehmen bei ihren säumigen Kunden.

OB gegen Sozialtarif

Die SPD brachte das Thema in den Gemeinderat. Der grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn nahm dazu Stellung. Er fand, dass eigentlich alles in Ordnung sei. Die Hartz-IV-Behörde unterstütze ja die Schuldner bei der Vereinbarung von Ratenzahlungen. In der Sozialleistung nach Hartz IV würden die Stromkosten abgedeckt. Mit der Bonuscard erhielten sie bereits „einen nicht unbedeutenden geldwerten Vorteil“. Hilfeempfänger sei-

en außerdem zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet. Gemeinsam mit dem Sozialausschuss des Gemeinderats verwies der OB auf die großzügige (?) Haltung der Bundesregierung. Sie habe Hartz IV nicht gekürzt, obwohl doch die Praxisgebühr seit 2013 wegfällt. CDU und Grüne bedauerten einträchtig, dass die niedrigen Hartz-IV-Leistungen in die Zuständigkeit der Bundesregierung fallen. Auf Stadtebene könne man nur unterstützen und beraten.

Ein Stromspar-Check soll helfen

Ein Stromspar-Check, wie von der Caritas angeboten, sei da der „Erfolg versprechendste Weg“, sagte natürlich auch Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer von der FDP. „Was nützt es aber einer bedürftigen Familie“, erklärte Ulrike Küstler (SÖS/Linke), „dass man ein Gerät als Stromfresser erkenne, wenn sie gar nicht in der Lage ist, sich dann auch ein neues zu kaufen“.

Auf Stadtebene ließe sich weitaus mehr tun, als die Leute mit Stromspar-Checks am Narrenseil herum-

zuführen. Die neu gegründeten Stadtwerke könnten einen Sozialtarif für Haushalte mit kleinen Einkommen einrichten. Ein Skandal: Große Industrieunternehmen erhalten verbilligten Strom, die von ihnen arbeitslos Gemachten nicht! Die Stadtwerke könnten sich verbieten, den Leuten den Strom abzudrehen.

Stromsozialtarif statt Konzernsubventionen!



Leerstandsmelder für Stuttgart online

Der Leerstandsmelder ist eine 2010 vom Hamburger Gängeviertel e.V. ins Leben gerufene Internet-Plattform, die mittlerweile für viele Städte existiert. Jeder kann dort leer stehende Wohnungen, Häuser, Büros, Fabrikgebäude eintragen. Damit wird öffentlich, dass einerseits bezahlbarer Wohnraum fehlt, andererseits aber Gebäude ungenutzt leer stehen.

Um diese Plattform auch für Stuttgart nutzen zu können, haben sich auf eine Initiative der DKP Menschen aus verschiedenen Initia-

tiven, Parteien und Vereinen zusammengefunden. Seit Oktober 2013 ist der Leerstandsmelder für Stuttgart online. Alle BürgerInnen sind nun aufgefordert, mit wachen Augen durch die Stadt zu gehen und Leerstände mit Adresse, gegebenenfalls Bild und weiteren Angaben, unter www.leerstandsmelder.de für Stuttgart einzutragen.

Diese gemeinsam erarbeitete Bestandsaufnahme soll dann als Grundlage für weitere Forderungen (z.B. Leerstandsabgabe) und Aktionen genutzt werden.



Prekär ist niemals fair!

Neueinstellungen bei Daimler

150 LeiharbeiterInnen bei Daimler in Untertürkheim bekommen einen festen Job, dazu kommen 50 Beschäftigte aus anderen Daimler-Werken sowie 50 externe Einstellungen. Gründe sind die gute Auslastung in der Produktion, zu viele Überstunden und eine extrem hohe Arbeitsbelastung. Schon seit Monaten wird in Untertürkheim auch an Wochenenden gearbeitet. Betriebsrat Michael Clauss: „Arbeit an Wochenenden und an Feiertagen wird zum Normalfall – das darf nicht sein.“

Daimler mit Werkverträgen im Zwilicht

Der SWR berichtete unter dem Titel „Hungerlohn am Fließband“ darüber, wie Werkvertragsbeschäftigte in Untertürkheim mit einem Stundenlohn von 8,19 € abgespeist wurden. Mehrere Mitarbeiter von Werkvertragsfirmen haben geklagt, um ihre Festanstellung zu erreichen, teilweise mit Erfolg.

Arbeitsdirektor Pohrt beklagt „Skandalisierung“

Mit den 250 Einstellungen versucht Daimler nun, sein angeschlagenes Image zu verbessern. Im Prinzip soll aber am Umgang mit Werkverträgen nichts geändert werden, sagt Pohrt, der mehr Mitsprache der Betriebsräte ablehnt. Pohrt weiter: „Werkverträge sind ein unverzichtbares Instrument für den Erfolg



des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die juristische Form, in der seit Jahrzehnten die industrielle Arbeitsteilung geregelt ist.“

Leiharbeit und Werkverträge abschaffen statt regeln!

Insgesamt arbeiten bei Daimler rund 4400 Leihbeschäftigte in der Produktion und weitere 2000 in den sogenannten indirekten Bereichen. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Werkverträgen. Betriebsrat Clauss meint, es müsse endlich wieder der Grundsatz gelten „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“! Alle auf dem Werksgelände Tätigen müssten zu Daimler-Tarifen entlohnt werden.

Der Presse war zu entnehmen, dass der designierte neue IG-Metall-Vorsitzende den Unternehmern niedrigere Tarif-Einstiegsgehälter angeboten hat, wenn sie im Gegenzug „Werkverträge begrenzen“. Begrenzen auf was? Und wer hat ihn dazu bevollmächtigt? So kann man der Spaltung der Belegschaften nicht entgegenwirken!

Statt sich den Unternehmern immer aufs Neue anzubiedern, muss der gewerkschaftliche Grundgedanke, die Unterbindung der Konkurrenz der Beschäftigten untereinander, national und international, gegen das Kapital wieder durchgesetzt werden.

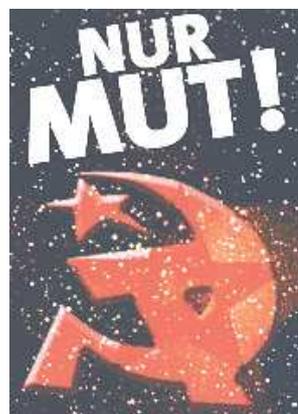
Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

14-tägig: **Di. 29.10. und 12.11.**, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach (Bonatzbau), Stuttgarter Str. 15 (beim OBI, ehemaliges Roser-Areal)

Gruppe Cannstatt:

Di. 19.11., 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)



UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101.

Einladung zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht

Vor der ehemaligen Synagoge Cannstatt

(König-Karl-Straße, zwischen Wilhelmsplatz und Daimler-Platz)

Am Samstag, den 9. Nov. 2013, 16.30 Uhr

Redner:

Cuno Hägele

(ver.di Stuttgart) u.a.

Liedbeiträge vom
Freien Chor Stuttgart

Vor 75 Jahren, am 9. November 1938, zeigte das 1933 errichtete faschistische Regime der Welt und der eigenen Bevölkerung offen sein gewalttätiges Gesicht. Reichsweit wurde ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung organisiert und inszeniert. Überall brannten die Synagogen, angezündet nicht von einem wütenden Mob, sondern wie in Stuttgart von der Feuerwehr, organisiert, vorbereitet und angestiftet von Partei, Regierung und Behörden des Nazi-Staates. Am nächsten Tag wurden jüdische Geschäfte geplündert, jüdische Menschen gejagt, ge- und erschlagen, in KZs verschleppt ... Das Pogrom war Teil der Vorbereitung auf die planmäßige Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas im Rahmen des Eroberungs- und Vernichtungskrieges, mit dem die Nazis die Welt überzogen und Einstimmung der Bevölkerung darauf.

Der ausbleibende Sturm der Entrüstung signalisierte, dass auch die kommenden Verbrechen geduldet werden würden. Auf den November 38 folgte die Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 39 und der Überfall auf Polen am 1. September. Am Ende des gigantischen Raub- und Eroberungsfeldzuges standen die rauchenden Schloten von Auschwitz und 60 Millionen Tote.

So wie das Pogrom am 9. November, so waren auch die anderen Verbrechen des deutschen Faschismus geplant und vorbereitet worden. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, rassistische Hetze und schließlich Krieg und Holocaust begannen am 30. Januar 1933, als Reichspräsident Hindenburg auf Betreiben von Teilen der Großindustrie, der Banken und der Generalität den Nazi Hitler zum Reichskanzler ernannte.

An die Opfer dieser Verbrechen zu erinnern, bedeutet auch heute wachsam zu sein. Nicht erst die Morde der Nazibande NSU zeigen, dass sich Neofaschismus und Rassismus wieder breit machen. Seit 1990 starben 182 Menschen als Opfer faschistischer Gewalt. Auch in der Stuttgarter Umgebung nehmen neofaschistische Aktivitäten zu.

Gleichzeitig wird immer deutlicher sichtbar, dass auch Polizei, Geheimdienst und andere Behörden faschistischen Aktivitäten und ihrer Verdunkelung Vorschub leisten. Unterdrückung von Informationen, Vernichtung von Akten beim Verfassungsschutz, Mitgliedschaft von Polizisten im rassistischen Ku-Klux-Klan,



die Einstellung des Verfahrens gegen in Italien bereits des Mordes überführte SS-Mörder von 560 Zivilisten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft und vieles mehr.

Auf der anderen Seite erleben wir, dass antifaschistische Proteste behindert, DemonstrantInnen schikaniert und gar eingekesselt werden, ganze Innenstädte abgesperrt werden um öffentliche Auftritte bekennender Nazis zu ermöglichen. Während mancherorts selbst Oberbürgermeister und Stadtverwaltungen Nazi-auftritte kreativ behindern, erhalten sie auch unter dem Grünen OB Kuhn in Stuttgart weiterhin freie Fahrt.

So schützten Polizei und Ordnungsamt mit großräumiger Absperrung und kurzfristiger Einkesselung von GegendemonstrantInnen einen lautstarken NPD-Wahlkampfauftritt im September in Cannstatt und drei der rassistischen „Pro Deutschland“ - Partei in Cannstatt, Botnang und Heslach, wobei letzterer durch aktive Gegenwehr von AntifaschistInnen verhindert wurde.

Der 9. November 1938 und die Verbrechen, die ihm folgten, sind für uns Anlass vor der ehemaligen Synagoge in der Cannstatter König-Karl-Straße, der Opfer zu gedenken und die für uns wichtigste Lehre aus ihrem Leiden zu ziehen:

Rassismus, Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz mehr erhalten. Widerstand bleibt notwendig. Nie wieder Faschismus und Krieg.

Wir fordern:

- **Rassisten und Neonazis stoppen – NPD verbieten**
- **Rassismus und Faschismus den Nährboden entziehen – gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung**
- **Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen**
- **Aktives Eintreten gegen Krieg und Kriegsvorbereitung überall**
- **Schließung der US-Kriegszentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart**